



## Niederschrift der 31. Sitzung des Finanzausschusses

---

**Ort, Raum:** Neues Rathaus, Beratungsraum "Baunatal", Markt 7 A, 06526  
Sangerhausen

**Datum:** 09.05.2023

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Ende:** 17:47 Uhr

Anwesenheit:

### Vorsitzende/r

Herr Tim Schultze

### 1. Vertreter des Vorsitzenden

Herr Holger Scholz

### Ausschussmitglied

Herr Norbert Jung

Herr Harald Koch

Herr Klaus Kotzur

### sachkundige Einwohner/-innen

Herr Alexander Dobert

Herr Rudolf Henkner

Herr Andreas Sonntag

### Protokollführer/-in

Frau Sandra Kesselhut

### Gäste

Herr Holger Hüttel

### Verwaltung

Herr Jens Schuster

Abwesend:

### Ausschussmitglied

Herr Eberhard Nothmann

entschuldigt

Herr Harald Oster

Frau Silke Seifert

Herr Nico Siefke

Frau Regina Stahlhacke entschuldigt

### **Verwaltung**

Frau Janine Wunder entschuldigt

### **Tagesordnung gemäß Einladung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung von Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 28.03.2023
4. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
- 4.1. Beratung von Beschlussvorlagen zur 35. Ratssitzung am 25.05.2023 entsprechend der Verweisung des Hauptausschusses
- 4.2. Information und Anfragen

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Schultze, als Vorsitzender des Finanzausschusses, begrüßte die Teilnehmer und Gäste der 31. Finanzausschusssitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Zu Beginn der Sitzung waren **5 von 10 Mitgliedern** des Finanzausschusses anwesend. Somit war die Beschlussfähigkeit nicht gegeben. Aus diesem Grund erfolgte keine Abstimmung über den TOP 3.1 (Niederschrift vom 28.03.2023) sowie den TOP 5.1 (Beschlussvorlagen zur 35. Ratssitzung). Es wurde sich darauf geeinigt, dass der Finanzausschuss über die Tagesordnungspunkte berät und dem Stadtrat eine Empfehlung über die Beschlüsse gibt.

### **TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Die Verwaltung schlägt vor: Ergänzende Information zur Änderung Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Sangerhausen GmbH unter TOP 4.1.1

Ja-Stimmen: = 5  
Stimmenthaltungen: = 0

Nein-Stimmen: =

### **TOP 3 Genehmigung von Niederschriften**

#### **TOP 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 28.03.2023**

Aufgrund der nicht Beschlussfähigkeit, wird die Niederschrift in den nächsten Finanzausschuss verschoben.

### **TOP 4 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

#### **TOP 4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 35. Ratssitzung am 25.05.2023 entsprechend der Verweisung des Hauptausschusses**

##### **TOP 4.1.1 Ergänzende Information zur Beschlussvorlage Änderung Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Sangerhausen GmbH**

Begründung: Herr Schuster

In der Verweisungsausschusssitzung hat ein Mitglied des Hauptausschusses gefragt worum es bei den Änderungen der Gesellschaftsverträge geht. Herr Strauß antwortete, so wie das die Begründung der Vorlage auch vermuten lässt, es geht lediglich um die Anpassung nach Rechtssprechung nach Gesetz. Wir haben von der Aufsichtsbehörde auch diesbezüglich eine Aufforderung bekommen. Es wurde in der Begründung die beiden Urteile aufgeführt und lediglich eine Redaktionelle Überarbeitung, um im Zuge Corona und seine Auswirkung auch Hybridsitzung und ähnliches mehr zuzulassen. Das haben die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen. Als man nach Versendung der Unterlagen gelesen hat „Änderung der Anteile für die Stadtwerke Sangerhausen“ fragte man sich, wie es dazu kommt, da in der Begründung der Vorlage dazu keine Ausführungen erfolgten. Zwischenzeitlich ist eine Ergänzung zur Synopse getätigt wurden, wo die Situation nochmals erklärt wurde. Es geht um die Darstellung eines Beschlusses, den wir bereits zum 01.09.2005 gefasst hatten. Damals sind die Beteiligung angepasst wurden, wir haben Anteile verkauft mit dem Ergebnis wie sie jetzt ausgewiesen sind. Wir haben nur Dinge geheilt und im Gesellschaftervertrag dargestellt. Wir haben es jahrelang gelebt, wenn Sie in den Beteiligungsbericht schauen, den wir jedes Jahr zum Haushalt reichen.

Herr Koch fragt, wie komme ich als Stadtrat an den Beschluss von 2005?

Herr Schultze fragt nach ob Herr Koch nicht mehr in das alte Ratsinformationssystem reinschauen kann?

Herr Koch antwortet mit nein und fragt wo er das findet?

Herr Dobert antwortet, dass man es unter Rosenstadt. Sangerhausen.de findet.

Herr Koch gibt an, dass ja die Anteile in den alten Ratsbeschluss von 2005 geändert wurden. Sind dann auch die Abstimmungskurven abgeändert wurden?

Herr Schuster sagt dazu, genauso wie die Beteiligung im notariellen Vertrag sind, so ist es auch vollzogen wurden.

Hr. Dobert fragt, wie es mit dem Gesellschaftervertrag der SWG aussieht? Müsste der nicht auch angepasst werden?

Herr Schuster antwortet darauf, dass er das nochmal prüfen lassen müsste, weil es unter den Beteiligungsmanagement läuft

Herr Koch fragt nochmal nach, ob alle anderen Änderungen auf den alten Beschluss von 2005 beruhen?

Herr Schuster sagt dazu, dass nur die Angaben zu der Größe der Beteiligung darauf beruhen. Wir haben eine Synopse beigefügt die die Änderungen farblich kennzeichnen.

Herr Dobert wirft ein, dass die SWG auf das Haushaltsgrundgesetz verweisen und somit diese Änderung nicht nötig sind.

## **TOP 4.2 Information und Anfragen**

### **Liquiditätskredit**

Herr Schuster informiert über die Übersicht der Verfügungsmittel und den Stand üpl/apl, was dem Protokoll beigefügt wurde.

Wir haben aktuell eine Inanspruchnahme des Liquiditätskredites von 10,2 Mio.€. Bedauerlicherweise geht der Zins immer mehr in die Höhe, auch für den Liquiditätskredit. Wir hatten im Januar 2,251% = 19.976 €; im Februar 2,4% = 18.000 €; im März 2,7% = 23.500 €; im April 3,271% und im Mai 3,387%. Daraus kann man erkennen, dass der Zins immer weiter steigt, daraus resultiert das die aufzubringenden Zinslasten immer größer werden.

Herr Scholz meint dazu, ob man nicht das letzte Mal darüber gesprochen hatte dies in einen Festzins umzuwandeln?

Herr Schuster gibt zur Antwort, dass man darüber gesprochen hat, aber mit Blick auf die bevorstehenden Verfahren bezüglich Kreisumlage ist dies erstmal abwarten.

Herr Dobert hat bezüglich der Übersicht üpl/apl Beschlüssen eine Frage. Unter Punkt 9 sind 766,80€ Planungskosten für den Parkplatz am Bonnhöfchen. Wofür wurde schon Geld aufgewendet, weil die Maßnahme eigentlich in das Jahr 2025 geschoben wurde?

Herr Schuster erwidert darauf, dass nachgefragt wird und dies dann per E- mail an alle geschickt wird.

Herr Hüttel möchte wissen, ob es Besprechungen mit den Städte- und Gemeindebund gibt bezüglich Land/ Bund das man daraufhin hinweist, dass die Gelder nicht reichen aufgrund der steigenden Zinsen?

Herr Schuster meint dazu, dass es diese Diskussion permanent gibt.

Herr Scholz gibt den Hinweis, dass man manches anders darstellen sollte. Als Beispiel gibt er die Pos. 10 und 11 an.

Herr Schuster antwortet, dass es sich bei den Banken um andere Hersteller oder anderes Material handeln könnte und deshalb 7 Bänke fast genauso preisintensiv sein können, wie 10.

Herr Jung möchte gern wissen, ob es schon eine Schätzung gibt was die Tarifabschlüsse in absoluten Zahlen bedeuten? Was bedeutet es für die Stadt?

Herr Schuster antwortet, dass wir in diesem Jahr mit rund 850.000€ mit Blick auf den Inflationsausgleich dabei sind. Nächstes Jahr sind dann Tarifsteigerungen die jetzt im Haushaltsplan für 2024 mit einzuplanen sind. In den letzten Jahren der Haushaltsplanung hatten wir im Bereich Personalkosten erhebliche Einsparungen, mittlerweile haben wir wieder auf dem Konto der sozialen Leistungen als Zuwendung kommen mehr Erträge in Größenordnung. Das resultiert aus Beschäftigungsverbote, weil in den KiTa Bereichen verjüngt wird. Dieses Jahr (bis Mai) gibt es wieder 7 Schwangere.

Herr Dobert fragt, ob die Reinigungskräfte, die zwischen 5-20 Stunden in der Woche arbeiten, auch einen Anspruch auf die steuerfreie Inflationsprämie haben?

Herr Schuster meint dazu, dass die Erklärungsfrist von Verdi abzuwarten ist. Es gibt auch redaktionelle Änderungen bis zum letzten Tag an der einen und anderen Stelle. Nach dieser Erklärungsfrist kann man dann genau und punktuell rechnen.

Herr Schultze äußert sich dazu, dass Verdi sagt das ist pro Kopf und der AG sagt das auf pro Stunde gerechnet wird. Das eine Halbtagskraft nur Halbttag dann auch bezahlt bekommt.

Herr Hüttel wirft den Gedanken ein, das bei einer kleiner werdenden Stadt auch mit weniger Personal umzugehen ist.

Herr Schuster meint, dass wir genau berechnen und dies dann zur Kenntnis geben im Rahmen des ausführlichen Berichtswesen. Es werden dort 1:1 die gesamten Personalausgaben wiedergegeben.

Wir werden permanent in die Pflicht genommen die anzustehenden Aufgaben zu erfüllen. Wir haben mit Blick auf einer kleiner werdenden Stadt immer mehr Aufwendung und mehr Aufgaben. Zum Beispiel Wohngeld ist momentan ein Antragsanstieg in einer Größenordnung sodass wir Personal hinzufügen müssen. Die Aufgaben bleiben die gleichen, auch wenn die Einwohner weniger werden, genauso viel Ratssitzung, genauso viel Ausschusssitzung usw. Bei bestimmten Aufgaben wird es kein Personal weniger geben.

Herr Hüttel erwidert daraufhin, dass das Wohngeld ein Bundesgesetz ist, dann muss dem der das Gesetz verabschiedet, dem Auftraggeber, dies in Rechnung gestellt werden. Es ist unverständlich das es immer die Bürger und die Kommunen bezahlen.

Herr Schuster merkt an, dass es permanent Druck nach oben gibt auch über Städte- und Gemeindebund. Punktuell wird man die Auftragskostenpauschale wieder erhöhen aber nach den Berechnungen des Landes vollkommen auskömmlich.

Herr Scholz bejahte dies und fügte hinzu, dass es mit allen Firmen, die es in Deutschland gibt, gemacht wird. Es ist in allen Bereichen ein Bürokratieaufbau den wir eigentlich nicht mehr bewältigen können mit den Leuten, mit den wir vor 3,4 Jahren das gleiche Produkt geschaffen haben. Hinzu kommt noch ein Krankenstand der unverhältnismäßig hoch ist.

Herr Schuster ergänzte dazu, dass der Gesundheitsmanagementbericht, den jede Krankenkasse erstellt, einen erheblichen Anstieg an Krankentagen in allen Branchen vorweist. Weil der Fachkräftemangel permanent für Mehrbelastung sorgt und die steigende Bürokratie, die zunehmende Digitalisierung die für viele vieles einfacher machen sollte, gerade für Kollegen ab einem bestimmten Alter ein richtiges Problem ist.

Herr Koch fügt hinzu das man eher zu wenig Personal hat. Immer mehr besteht das Problem in die öffentliche Verwaltung rein zu kommen, man wird eher abgespeist auf online oder auf Telefonate. Man findet kaum noch auf der Homepage der Verwaltung konkrete Ansprechpartner, sondern es wird nur noch ein Bereich angesprochen mit einer zentralen Nummer. Den Personalbestand eher etwas höher im Interesse der Bürger.

Herr Kotzur sagt, dass man vermeiden sollte eine Diskussion darüber ob wir Personal ab-  
bauen und irgendwelche Aufgaben aussourcen.

Hr. Schultze schließt um 17:36 Uhr die öffentliche Sitzung.

Hr. Schultze eröffnet um 17:36 Uhr die nicht öffentliche Sitzung und verlässt den Raum, da  
er sich für den Beschluss im nichtöffentlichen Teil dem Mitwirkungsverbot unterwirft. Herr  
Scholz übernimmt die weitere Ausschussleitung.

gez. Sandra Kesselhut  
Protokollführerin

gez. Tim Schultze  
Vorsitzender